



DANIEL REINHARDT/DPA

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 2. AUGUST 2016 · NR. 178 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

## Munitioniert

Waffen für den Nahen Osten: Investigative Journalisten decken geheime Lieferungen auf

3

## Improvisiert

Hilfspolizisten in Sachsen-Anhalt: Damit sie Waffen tragen dürfen, soll Gesetz geändert werden

4

## Abgekanzelt

Zuma droht mit Jesus. Kommunalwahlen in Südafrika werden zu Abstimmung über Präsidenten

6

## Abges

Tunesien  
pr  
Re

7

# Leyens Handstreich



JENS WOLFF/DPA

Innere Mobilmachung: Die Verteidigungsministerin probt den Ernstfall an der Heimatfront

Mitte Juli, vor den jüngsten Anschlägen in Deutschland mit vielen Toten und Schwerverletzten, verabschiedete die Bundesregierung mit dem »Weißbuch 2016« eine neue »Sicherheitsstrategie«, die – noch vage definiert – auch einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsieht. Kurz nach Beginn der Parlamentsferien drückt Ursula von der Leyen (CDU) nun aufs Tempo und will das Sommerloch offenbar nutzen, um Fakten zu schaffen: Innerhalb der nächsten Wochen werde mit der Innenministerkonferenz der Länder festgelegt, welche Einsatzszenarien die Streitkräfte üben müssten, sagte die Verteidigungsministerin der *Bild* (Montagausgabe). »Im Ernstfall müssen die Alarmketten stehen, die Zuständigkeiten klar sein und genug Personal zur Verfügung stehen.« Den Umgang mit solchen »Ernstfällen« soll die Bundeswehr mit der Polizei üben, was bisher nicht möglich war. Zunächst werde man eine Stabsrahmenübung machen, mit der das Zusammen-

An den Grenzen des Grundgesetzes: Verteidigungsministerin bereitet Bundeswehr auf Einsätze im Inland vor. **Von Stefan Huth**

spiel zwischen dem Bund und den Polizeibehörden mehrerer Länder eingeübt werden solle. Drei Bundesländer hätten bereits Interesse angemeldet, so von der Leyen. Alle hofften, dass es nie zu einem »Großszenario« komme, das einen solchen Einsatz erforderlich mache. Die Anschläge in Paris hätten aber allen die Augen geöffnet. Sie stellte klar, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Extremfall auch Militär angefordert werden könne.

In der Tat hatte Karlsruhe das Verbot eines Einsatzes militärischer Kräfte im Inland in einem Beschluss vom Juli 2012 relativiert und festgestellt, dass die Bundeswehr unter strengen Auflagen gegen Terroristen vorgehen dürfe. In besonderen Notfällen, in »Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes«, sei dies zum Schutz der inneren Sicherheit zulässig, allerdings nur als

letztes Mittel. Kritiker des Beschlusses monierten schon damals, dass die extremen Gefahren, von denen in dem Urteil die Rede ist, nicht definiert seien, was staatlicher Willkür Tür und Tor öffne. Die nun geplante praktische zivil-militärische Erprobungsphase an der Heimatfront wird, wie es aussieht, Stoff für weitere juristische Kontroversen liefern und die engen Grenzen, die das Grundgesetz dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren setzt, bis ans Äußerste strapazieren – und vermutlich sogar sprengen. Die strikte Trennung zwischen Militär und Polizei, die den historischen Erfahrungen aus der Zeit des deutschen Faschismus geschuldet ist, wäre endgültig passé.

Kritik an den geplanten »Antiterror-einsätzen« der Bundeswehr im Inland äußerte am Montag die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Diese seien sinn-

los, »die Hilfe, die wir benötigen, kann die Bundeswehr überhaupt nicht bieten«, sagte der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow am Montag im »ZDF-Morgenmagazin«. Wer glaube, man solle Sorge für innere Sicherheit, wenn man »Menschen in Uniform, behelmt und mit langen Waffen«, in die Innenstädte stellt, der irre sich. »Das erhöht eher das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung.« Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, kommentierte von der Leyens Pläne: »Es ist einfach nur perfide, wie die jüngsten Gewaltereignisse in Würzburg, München und Ansbach von politischen Hardlinern für ihre Zwecke instrumentalisiert werden. Nicht nur von asylrechtlichen Verschärfungen ist nun die Rede, sondern auch von einer voranschreitenden Militarisierung der inneren Sicherheit.«